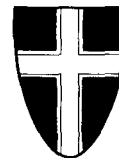


AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG



Dienststelle MD-Verfassungs- und
Rechtsmittelbüro
Adresse 1082 Wien, Rathaus
Telefonnummer 4000-82 334

MD-VfR - 1333/96

Wien, 10. Oktober 1996

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem Bestimmungen über den
Kabelrundfunk erlassen werden
und die als Bundesgesetz gel-
tende Verordnung über die Er-
richtung und den Betrieb von
Rundfunk- und Fernsehrundfunk-
Empfangsanlagen geändert wird
(Kabel-Rundfunkgesetz);
Stellungnahme

BUNDESGESETZENTWURF	
Zl.	77-GE/10.96
Datum: 14. OKT. 1996	
15-10-96 Lang	

Dr. Moser

An das
Präsidium des Nationalrates

Das Amt der Wiener Landesregierung übermittelt in der Beilage
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff ge-
nannten Gesetzentwurf.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilage
(25-fach)

[Signature]
Dr. Jankowitsch
Senatsrat

AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNGDienststelle MD-Verfassungs- und
Rechtsmittelbüro

Adresse 1082 Wien, Rathaus

Telefonnummer 4000-82 334

MD-VfR - 1333/96

Wien, 10. Oktober 1996

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem Bestimmungen über den
Kabelrundfunk erlassen werden
und die als Bundesgesetz gel-
tende Verordnung über die Er-
richtung und den Betrieb von
Rundfunk- und Fernsehrundfunk-
Empfangsanlagen geändert wird
(Kabel-Rundfunkgesetz);
Begutachtung;
Stellungnahme

zu Zl. 600.430/7-V/4/96

An das
Bundeskanzleramt

Zu dem mit Schreiben vom 12. September 1996 übermittelten Ent-
wurf eines Kabel-Rundfunkgesetzes wird nach Anhörung des Unab-
hängigen Verwaltungssenates Wien wie folgt Stellung genommen:

Zu § 5:

Das Verbot der Beteiligung von Gebietskörperschaften an Kabel-
Rundfunkveranstaltern über das in Abs. 3 normierte Ausmaß von
25 v.H. erscheint aus der Sicht des Landes Wien sachlich nicht
gerechtfertigt und sollte daher entfallen.

- 2 -

Zu § 43:

Es wird auf die zu § 22c des Regionalradiogesetzes geltend gemachten Bedenken verwiesen (siehe Stellungnahme des Amtes der Wiener Landesregierung vom 10. Oktober 1996, Zl. MD-VfR - 1332/96).

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Jankowitsch
Senatsrat

OMR Dr. Krasa